

Der deutsche Linksliberalismus in der ideenpolitischen Konstellation des Ersten Weltkriegs und der Wandel des Politikverständnisses

1. Einleitung

Der Erste Weltkrieg war nicht nur eine militärische Auseinandersetzung, er war auch eine Zäsur für das politische Denken im Allgemeinen und für den Linksliberalismus im Besonderen. Obwohl der Ausbruch des Krieges die Signatur des klassischen Kabinettskrieges hatte und darin zugleich die Grenzen der diplomatischen Kunst jener Zeit offenbarte,¹ wurde er von Zeitgenossen an der „Heimatfront“ sehr rasch zu einem Ereignis von epochaler Bedeutung erklärt. In einer umfangreichen Sinnstiftungs- und Bekenntnisliteratur,² die überwiegend nicht von der Regierung in Auftrag gegeben wurde, war der Krieg zum „Kultukrieg“ stilisiert, zur Konfrontation angeblich unvereinbarer und antagonistischer politischer Ordnungen. In dieser Konfrontation wurde das deutsche politische Denken in Stellung gebracht gegen die westliche Demokratie, oft auch als Opposition der „Ideen von 1914“ und der „Ideen von 1789“ apostrophiert. Das brachte die geistigen Krieger freilich in Gefilde, die ihnen nicht immer vertraut waren, in die Politik, ihre Theorie und Ideengeschichte, die für den Publikationsanlass sehr schnell angelesen wurden, was aber nicht verhinderte, apodiktische Urteile zu fällen. Der Kultukrieg war weder ein deutsches Alleinstellungsmerkmal im Ersten Weltkrieg, denn es finden sich solche Ergüsse auch in Großbritannien und Frankreich, noch ist es eine Eigentümlichkeit des Ersten Weltkrieges, denn patriotische Überreaktionen von

1 Christopher Clark: *The Sleepwalkers. How Europe Went to War 1914*, London 2013.

2 Den Kultukrieg oder den Krieg der Geister zu dokumentieren, hat eine bereits im Weltkrieg selbst beginnende Tradition und reicht von Hermann Kellermann: *Der Krieg der Geister. Eine Auslese deutscher und ausländischer Stimmen zum Weltkrieg 1914*, Dresden 1915 über Klaus Schwabe: *Wissenschaft und Kriegsmoral – die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges*, Göttingen u.a. 1969 und Jürgen von Ungern-Sternberg / Wolfgang von Ungern-Sternberg: *Der Aufruf „an die Kulturwelt“*. Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg – mit einer Dokumentation. Stuttgart 1996 zu Kurt Flasch: *Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg*. Berlin 2000, Jefferey Verhey: *Der Geist von 1914 und die Erfindung der Volksgemeinschaft*, Hamburg 2000 sowie Steffen Bruendel, *Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg*, Berlin 2003.

Gelehrten und Gebildeten, die sich in Zeiten des Krieges mit ihrer Patria über-identifizieren, finden sich häufiger: Amerikanische Intellektuelle und Wissenschaftler neigten beispielsweise ebenso nach Nine/Eleven dazu, Manifeste zu veröffentlichen, in welchen sie ihre patriotische Gesinnung unter Beweis stellen wollten.³

Über die selbsternannte Aufgabe der Gelehrten und Intellektuellen, den Sinn des Kriegsgeschehens zu erklären, hinaus war der Weltkrieg ein „Volkskrieg“, und zwar in dem Sinne, wie ihn in etwa der ältere Helmuth von Moltke 1890 prognostiziert hatte:⁴ keine Auseinandersetzung alleine zwischen mobilisierten Massenheeren mit der Möglichkeit ihrer rationalen Leitung, sondern ein Konflikt zwischen ganzen Volkswirtschaften, Kulturidealen, politischen Systemen, welcher die gesamte Bevölkerung in fast jeder Beziehung in die Konfrontation einbezog, damit aber auch die Stimmung in der Bevölkerung zu einem kriegsrelevanten Faktor erhob. Nicht zuletzt das machte die politische Beendigung des Waffenganges so schwierig, und dies trotz des ungeheuren, nie da gewesenen Blutzolls, der die Kosten der militärischen Logik in den langen Listen der Gefallenen allen vor Augen führen musste. Die eventuelle Niederlage bedeutete in den Augen der Zeitgenossen nämlich nicht einfach nur das militärische Unterlegensein, sondern das Versagen einer ganzen politischen und kulturellen Ordnung und den Verlust von Lebenschancen der ganzen Bevölkerung.

Der Krieg bestimmte schließlich selbst kleinste Aspekte des Alltagslebens,⁵ von der Sprache bis zu den sozialen Ritualen. Mit anderen Worten: Der Erste Weltkrieg war allgegenwärtig und prägte allen politischen und sozialen Verhältnissen seinen Stempel auf, so auch der professionellen Politik und darin dem Linksliberalismus. Der Weltkrieg war für den Linksliberalismus eine Zeit der Krise und der politischen Neubesinnung. Er sah wesentliche seiner politischen Leitbegriffe durch die Erfahrung des Krieges und die allgemeine Reaktion hierauf erschüttert: Es schien, als habe der Linksliberalismus im Krieg keine „Gegenwart“ mehr,⁶ da die Gegenwart ohne Bezug zu einer liberalen Tradition stand und die Zukunft, sofern sie aus der Gegenwart des Krieges heraus zu prognostizieren war, nur wenig Spielraum für Liberalismus zu bieten

3 Marcus Llanque: *The Rhetoric of Intellectual Manifestoes from the First World War to the War against terrorism*, in: Kari Palonen/Tuija Pulkkinen/José María Rosales (Hrsg.): *The Ashgate Research Companion to the Politics of Democratization in Europe. Concepts and Histories*. Aldershot 2008, S. 185-198.

4 Vgl. Jörn Leonhard: *Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkriegs*, München 2014, S. 32; eine andere Akzentuierung von Moltkes letzter Rede im Reichstag gibt Herfried Münkler: *Der Große Krieg. Die Welt 1914-1918*. Berlin 2013, S. 60.

5 Jeffrey R. Smith: *A People's War: Germany's Political Revolution 1913-1918*. Lanham/MD 2007.

6 So das Ergebnis der Überlegungen von Hans Cymorek: „Wohin sollen wir gehen?“. Liberalismus und Weltkrieg, in: Rüdiger vom Bruch (Hrsg.): *Friedrich Naumann in seiner Zeit*. Berlin/New York r 2000, S. 269-286, hier S. 284.

schien. Der Individualismus machte einem allgemeinen Kollektivismus Platz, der Sozialismus wurde in Form des Staatssozialismus und der Kriegswirtschaft auch in konservativen Kreisen en vogue, der Begriff der Nation ergriff in der Form des aggressiven Nationalismus die Massen. Wie der politisch organisierte Linksliberalismus hierauf reagieren sollte, war in den Anfangsjahren unklar. Ab 1916 jedoch löste sich der Linksliberalismus von der kritiklosen Akzeptanz des Kriegsgeschehens. Die Zusammenarbeit mit dem katholischen Zentrum, zuvor im Kaiserreich ideologisch wie politisch undenkbar, und der Sozialdemokratie setzte ein und formte jenes Vertrauensverhältnis, aus dem dann die Weimarer Koalition erwuchs. Der Linksliberalismus löste sich von der Fokussierung auf den Staatsbegriff und widmete sich der Ausbildung eines zeitgemäßen Politikverständnisses, nicht zuletzt auch, um den innenpolitischen Gegner als Reformverweigerern besser identifizieren und begegnen zu können.

2. Der Weltkrieg als Herausforderung für linksliberales politisches Denken

Alle Grundpfeiler liberalen Denkens wurden durch die Erfahrung des Weltkrieges erschüttert: An Stelle des Glaubens an die Idee der autonomen Persönlichkeit⁷ trat ein rapide um sich greifender Kollektivismus. Im Zuge der technischen Mobilisierung, der Bewegung von Massenheeren, der Totalität der ökonomisch-technisch-kulturellen Gesamtanstrengung, welche der Krieg abverlangte, veränderte sich auch das Freiheitsverständnis: Freiheit wurde nicht an dem individuellen Bewegungsspielraum des Einzelnen gemessen, des gebildeten Bürgers oder des intelligenten Wirtschaftsbürgers, oder an der lebenspraktischen Verwirklichung der protestantischen Ethik, dem sozio-kulturellen Ferment des deutschen Linksliberalismus; Freiheit hieß, dies lehrte der Krieg, vor allem kollektive Freiheit: Der Einzelne stieg und fiel mit der Freiheit aller Volksgenossen. Die Modernisierung der Gesellschaft wurde durch den Druck des Krieges staatlich verordnet und war keine evolutive Entwicklung, die von der Gesellschaft selbst ihren Ausgang nahm und über Gesetz und Verfassung nur prozedural umgesetzt wurde; die Nation schließlich, für den Liberalismus des Kaiserreichs und darüber hinaus ein wichtiger kollektiver Bezugspunkt des Politischen, wurde zu einem metaphysischen Begriff, an den alle Formen irrationaler Zielsetzungen anknüpfen konnten.

Der Weltkrieg vermittelte die Erfahrung, dass die Grenzen von Privatheit und Öffentlichkeit durchlässiger wurden. Privates Eigentum wurde als Teil eines gemeinschaftlichen Eigentums angesehen, die Kriegsanleihen waren

⁷ Gangolf Hübinger: Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland, Tübingen 1994, S. 7f.

keine gute Investition, sie waren patriotische Pflicht. Die Zuteilung von Lebensmitteln, der Zugriff auf ökonomische Güter und ihre Distribution förderten ein Grundverständnis für Kategorien des sozialen und politischen Denkens, die mit den Idealen des Linksliberalismus schwer vereinbar waren: exzessive Staatstätigkeit, obrigkeitliche Organisation aller Lebensbereiche, Kollektivismus, sozialistische Vergesellschaftungsphantasien, all das waren unmittelbar einleuchtende kriegsnotwendige Übergangsmaßnahmen. Andere Länder, beispielsweise solche mit genuin liberaler Tradition wie Großbritannien, mussten sich zu Lebensmittelsozialismus und Wehrpflicht durchringen. Die Einführung der Wehrpflicht in Großbritannien konnte anders als in Deutschland auf keine Tradition zurückblicken und entsprechend heftig wurden Debatten darüber geführt.⁸ Die kriegsbedingten Strukturveränderungen von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft wurden in Großbritannien aber als Ausnahme begriffen, nicht wie in überwiegenden Teilen der deutschen Debatte als Zeichen des Anbruchs einer neuen Zeit, die auch fortwähren würde, wenn die Waffen wieder schwiegen.

Die Uneinheitlichkeit des Linksliberalismus in seiner Reaktion auf das Kriegsgeschehen zeigt sich u.a. an der Bandbreite der linksliberalen Kriegszielforderungen. Sie war im Vergleich zu anderen Parteigruppierungen auffällig groß und reichte von Vertretern des Siegfrieds, die eine deutsche Hegemonie in Europa sichern wollten, über Verfechter eines gemäßigten Sicherungsfriedens, die nur strategisch bedeutsame Annexionen wünschten bis zu den Anhängern des Verständigungsfriedens, die auf eine kooperative Nachkriegsordnung setzten.⁹ Hinzu kamen Pazifisten wie Ludwig Quidde und schließlich Sondermodelle wie das Mitteleuropa-Konzept von Friedrich Naumann.

Während des Krieges rückten einige Linksliberale in ihrem nationalen Überschwang soweit politisch nach rechts, dass sie dem Linksliberalismus ganz den Rücken kehrten. Der bekannteste und für Friedrich Naumann persönlich schmerzlichste Fall war der von Gottfried Traub, der sich in der Vaterlandspartei in der vordersten Reihe engagierte. Über Traub hinaus gehörten auch andere Fortschrittliche zu den Gründern der Vaterlandspartei, wobei sich das Engagement eher mit deren außenpolitischen Annexionszielen als mit ihrer reaktionären Reformverhinderungsstrategie erklären mag.¹⁰ Die Bandbreite der Kriegszielforderungen verrät die Vielschichtigkeit des Linksliberalismus in dieser Zeit sowie seine Uneinheitlichkeit. Das hat auch mit der Verunsiche-

8 Sven Oliver Müller: Die Nation als Waffe und Vorstellung. Nationalismus in Deutschland und Großbritannien im Ersten Weltkrieg. Göttingen 2002, S. 254-284.

9 So die Unterteilung nach Dieter Langewiesche: Liberalismus in Deutschland, Frankfurt/M. 1988, S. 229.

10 Heinz Hagenläcke: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreichs, Düsseldorf 1997, S. 304-312.

rung darüber zu tun, welche der begrifflichen Kernprinzipien des Linksliberalismus unter dem Eindruck des Krieges noch Bestand hatten.

Dabei gab es einige Kernbegriffe, die der Linksliberalismus auf seine Fahnen geschrieben hatte und die nun sprunghafte Unterstützung fanden, allen voran der Begriff der Nation. Entgegen der in der Vorkriegszeit immer wieder thematisierten Sorge, die Nation sei von transnationalen Ordnungsmodellen bedroht, dem Internationalismus im Sozialismus und dem Transmontanismus im Katholizismus, war es mit Ausbruch des Krieges eindeutig der Nationenbegriff, der den meisten Sozialisten und Katholiken die entscheidende Orientierung ihres politischen Denkens vermittelte. In diesem Sinne kann man konstatieren, dass der Nationalismus als Bewegung in Europa 1914 seinen Höhepunkt erreichte, der Weltkrieg war hierfür ein „Lackmustest“, jetzt konnte die Nation als maßgebliches politisches Deutungsmuster nicht mehr ignoriert werden.¹¹

Die Frage war nur, was jeweils unter „Nation“ verstanden wurde und ob der Linksliberalismus mit seiner Auslegung des Nationenbegriffs durchdringen würde, ob er sich überhaupt selbst im Klaren war, was er meinte, wenn er von Nation sprach und wie er sich gegen andere Auslegungen zur Wehr setzen konnte. Die Frage ist nämlich weniger, was eine „Nation“ oder „der“ „Nationalismus“ ist, sondern welches Argument mit Hilfe welcher Annahme des Inhalts, der Bedeutung und der Grenzen der „Nation“ in welcher ideenpolitischen Situation geschmiedet wird. Die Idee der Nation ist von ihrem jeweiligen Begriff zu unterscheiden. Auf der Ebene der Diskussion von Ideen kann man ältere Wissensbestände, klassische Bezugstexte und Autoren aus der Ideengeschichte rezipieren. Dieser Diskurs ist überwiegend diachron angelegt und die jeweilige Gegenwart steht hier nur am Ende einer langen Reihe von Debatten und Diskussionen. Für das Tagesgeschäft der Politik, die parlamentarische Taktik und politische Strategie festlegen muss, die unmittelbare Handlungsziele formulieren und Koalitionsmöglichkeiten erkunden muss, sind Ideen zu vage. Sie müssen konkretisiert werden, um in den jeweiligen ideenpolitischen Konstellationen Anwendung zu finden. Ideen müssen auf die Gegenwart angewandt, damit aber immer auch angepasst werden.

Die ideenpolitische Situation des Weltkrieges verursachte zunächst eine von den tagespolitischen Realitäten abgelöste, sinnstiftende Bekenntnisliteratur. Aber dieser Diskurs fiel nicht zusammen mit dem Strategiediskurs von Politikern. Die Linksliberalen wurden im Weltkrieg gezwungen, ihre ältere Idee der Nation begrifflich zu verändern, um trotz des auch im Linksliberalismus bisweilen überschwänglichen Patriotismus die ihrer Ansicht nach dennoch un-

11 Christian Jansen/Henning Borggräfe: Nation, Nationalität, Nationalismus, Frankfurt/M. 2007, S. 32, im Anschluss an Ernest Gellner: Nationalismus. Kultur und Macht, Berlin 1991, S. 58.

ausweichlich notwendigen innenpolitischen Reformen durchzuführen und sich hierbei nicht vom Nationalismus abhalten zu lassen. Das war ein Lernprozess, den die verschiedenen Generationen des Linksliberalismus unterschiedlich vollzogen.

Friedrich Naumann stützte vor und im Krieg sein politisches Denken auf die Idee der Nation. Er zeigte sich bereits im Dezember 1914 desillusioniert über die Auswirkungen des Krieges auf die liberale Gesinnung: Die liberalen Kulturideale, so schreibt er in einem Brief, „sind durch diesen Krieg endgültig vernichtet. Der Gedanke des humanen Individualismus bei Freihandel und Verständigung der Nationen ist in der alten Weise nicht wieder lebendig zu machen“.¹²

Diesen Gedanken hatte Naumann in der 1911 veröffentlichten Schrift „Die politischen Parteien“ ausführlicher behandelt. Seine Vision war zu jenem Zeitpunkt die Verhinderung einer Abschottung Deutschlands von außen durch Zölle und Regulierungen und die Anerkennung des Wettkampfs der Nationen als Wirtschaftsmächte, namentlich Deutschland, Großbritannien und die USA. Den Wettkampf sah Naumann sogar als Möglichkeit, die jeweils größten „Kulturwerte“ dieser Nationen „in die Zukunftsgeschichte der Menschheit hineinwerfen“ zu können.¹³ Was aus heutiger Sicht Imperialismus genannt wird, war demnach aus Naumanns Sicht die mit liberalen Überzeugungen verträgliche Vorstellung, dass der Wettbewerb die besten Kräfte freisetzt, was nicht nur für die Nationen je für sich, sondern für alle dienlich sein könne. Naumann hatte jedoch schon zu diesem Zeitpunkt bemerkt, dass der Begriff der Nation sich allmählich aus dem Bereich der liberalen Auslegung fortbewegte. Er behauptete, in der älteren liberalen Tradition der nationalen Bewegung vor 1871 sei das „Wort ‘national‘“ ein Wort des Aufschwunges gewesen, unter seiner Fahne sei die „Überwindung der Kleinstaaterei“ geglückt. Das habe sich aber nach 1878 geändert, der Nationenbegriff habe nun den Charakter des xenophoben Nationalismus angenommen: Das Wort „national“ meinte nun die „Ablehnung der nichtstammverwandten Elemente“, die Ablehnung ausländischer Einflüsse. Das Wort habe „ängstliche Züge“ bekommen und sich gegen alles „Fremde“ gewandt.¹⁴ Naumann konstatierte damit eine zunehmende Marginalisierung des linksliberalen Verständnisses der Nation schon vor dem Weltkrieg. Im Weltkrieg entglitt der Begriff der Nation den Linksliberalen völlig. Die Berufung auf die Nation bedeutete nun gleichsam die kritiklose Akzeptanz staatlichen Handelns und das Erdulden der nationalistischen

12 Brief an Margarete Henschke vom 12.12.1914, zitiert nach Hans Cymorek, „Wohin sollen wir gehen?“ (wie Anm. 6) S. 281.

13 Friedrich Naumann, Die politischen Parteien [Vorträge vom Januar und Februar 1910], Berlin-Schöneberg 1911, S. 115.

14 Ebd., S. 34.

Obertöne der politischen Argumentation, die nationale Interessen nicht mehr von nationaler Gesinnung zu unterscheiden verstand.

Der Krieg rückte nicht nur in Deutschland die Idee der Nation in den Mittelpunkt. Vergleicht man beispielsweise den deutschen und den britischen Nationendiskurs in dieser Zeit, kann man zunächst plausibel zwischen einem Diskurs der für Großbritannien typischen Inklusion und einem für den deutschen Fall typischen Diskurs der Exklusion unterscheiden,¹⁵ doch sind solche pauschalen Charakterisierungen nicht geeignet, die Differenzen innerhalb dieser Diskurse, etwa zwischen dem linksliberalen und dem nationalkonservativen Nationenbegriff in der deutschen Debatte zu erfassen. Die Sammlung aller innenpolitischen Kräfte unter dem Signum der Nation war kein deutsches Charakteristikum,¹⁶ die Nation als Begriff der politischen Einheit nach innen zu betonen, lag auch aus liberaler Sicht nahe.¹⁷

Aus der Sicht patriotischer Linksliberaler war aber nicht zuletzt auch für die erfolgreiche Kriegsführung die innere Konsolidierung der politischen Ordnung erforderlich, die in der ideenpolitischen Konstellation des Weltkrieges auch immer wieder möglich schien: Der „Burgfrieden“ wandelte sich bereits 1915 zur „Neuorientierung“ als ein Reformprogramm des Staates zwecks Einbeziehung der bislang von der staatlichen Politik fern gehaltenen Bevölkerungsteile und der Stärkung des Parlaments.

3. Verändertes Politikverständnis, erweiterte Koalitionsfähigkeit: die Öffnung zum Zentrum

Wie Theodor Heuss 1918 treffend bemerkte, hatte der Krieg eine „neue Art von staatspolitischer Literatur“ hervorgebracht und die darin zum Ausdruck kommende „Apologetik unserer Staatsdinge“ zeitigte vor allem die Wirkung, die nüchterne Analyse zu verdrängen, an deren Stelle Hochmut und Unsachlichkeit getreten seien.¹⁸ Er selbst veröffentlichte zwar 1915 die Schrift „Kriegssozialismus“, in welcher er aber nicht in den Chor der Anhänger eines neuen Staatssozialismus einstimmte, vielmehr sehr vorsichtig Inhalt und Grenzen eines solchen Konzepts diskutierte und abwog, was hiervon der Situation des Krieges geschuldet war und was über ihn hinaus Bestand haben konnte (vor allem Maßnahmen der Sozialpolitik, nicht dagegen Staatsinterventionen

15 Müller, Die Nation als Waffe (wie Anm. 8), S. 289-348.

16 Für einen diesbezüglichen Vergleich Deutschlands mit Großbritannien siehe ebd.; für den Vergleich Deutschlands mit Frankreich vgl. Wolfram Pyta/Carsten Kretschmann (Hrsg.): Burgfrieden und union sacrée. Literarische Deutungen und politische Ordnungsvorstellungen in Deutschland und Frankreich 1914-1933, München 2011.

17 Langewiesche, Liberalismus (wie Anm. 9), S. 228.

18 Theodor Heuss: Die Bundesstaaten und das Reich, Berlin 1918 (Hilfe-Beihefte No. 3), S. 5.

in die Wirtschaft). Diese Herangehensweise war 1915 noch untypisch. 1918 konnte Heuss dagegen schon konstatieren, dass es sich als trügerisch erwiesen habe, den Krieg als eine Auseinandersetzung um den Vorzug bestimmter politischer Ordnungen zu verstehen. Der Krieg habe nichts für oder gegen den Parlamentarismus bewiesen, er sei gar nicht um dieser Frage willen geführt worden und die Diskussionen in der Sinnstiftungsdebatte seien „nur eine müdegeredete Professorenerfindung“ gewesen.¹⁹ Es habe zu sehr an Selbstkritik gemangelt, kritisierte Heuss, nahm von dieser Kritik aber namentlich Max Weber und Hugo Preuß aus. Weber vollendete im Krieg seine Abwendung vom Nationalliberalismus und Zuwendung zum Linksliberalismus, weshalb seine Mitbegründung der Deutschen Demokratischen Partei 1918 auf einer aus seinen Erfahrungen im Krieg gewonnenen Überzeugung fußte. Er gehörte zu den wenigen Stimmen, die sich im Weltkrieg scharf von aller aufgeregten und unsachlichen „Literatenpolitik“ abwandten.²⁰ Überlegungen zu den Ideen von 1914 dechiffrierte er als Befürwortung von zunehmender Bürokratie, die er als unvermeidlichen Zug der modernen Gesellschaftsentwicklung ansah, die aber gerade für die Politik erhebliche Folgen zeitigen musste, welche seiner Ansicht nach die Anhänger der Ideen von 1914 nicht sahen.²¹ Weber verwahrte sich in einer im Hilfe-Verlag Naumanns im Dezember 1917 erschienenen Broschüre „Wahlrecht und Demokratie“ scharf gegen die unkritische Verklärung des preußischen Staatsverständnisses im deutschen Bürgertum. Die gegenwärtige preußische Aristokratie trug in seinen Augen statt dessen Züge einer „Parvenüphysiognomie“,²² war keine „echte“ Aristokratie, und wenn man diese auch noch verehrte, wie die Deutschen, so seien diese als ein Plebejervolk zu schelten.²³

Heuss spielte ferner auf das 1915 erschienene Buch „Das deutsche Volk und die Politik“ von Hugo Preuß an,²⁴ wo das Begriffspaar Obrigkeitstaat und Volksstaat im Mittelpunkt stand. Dieses Begriffs paar avancierte während der Debatten des Krieges zur Leitdifferenz der miteinander ringenden Lager in Hinblick auf die Frage der innenpolitischen Reformen. Der „Obrigkeitstaat“ bezeichnete dabei die Kräfte des Ancien Régime, die trotz aller Berufung auf die Nation einen erheblichen Teil der Bevölkerung von der politischen Parti-

19 Ebd., S. 38.

20 Max Weber: Parlament und Regierung im neu geordneten Deutschland (1918). In: Ders.: Gesammelte Politische Schriften, herausgegeben von Johannes Winckelmann, 5. Aufl. Tübingen 1988, S. 306-443, hier S. 309.

21 Ebd., S. 330.

22 Max Weber: Wahlrecht und Demokratie in Deutschland, zuerst in: Der Deutsche Volksstaat – Schriften zur inneren Politik, hg. von Wilhelm Heile und Walter Schotte im Buchverlag der 'Hilfe' (2. Heft), Dezember 1917. Zitiert nach ders., Gesammelte Politische Schriften (wie Anm. 20.), S. 245-291, hier 280.

23 Ebd., S. 284.

24 Hugo Preuß: Das deutsche Volk und die Politik, Jena 1915.

zipation ausschließen wollten, obschon sie fast ausnahmslos ihre nationale Gesinnung im Krieg unter Beweis gestellt hatten. Preuß verband mit dem Begriff des „Volksstaates“ ein ganzes Politikverständnis, das die gedankliche Überwindung des Gegensatzes von Staat und Parlament und die Ausbildung der Fähigkeit zur eigenverantwortlichen Regierungsbildung ansprach. In der weiteren Debatte stand der Begriff des Volksstaates als „Ordnungsidée“ dem der Volksgemeinschaft gegenüber.²⁵ In der Sache stieß Preuß aber auch im linksliberalen Lager auf Kritik. Theodor Heuss stellte sich mit Bezug auf das Begriffspaar zwar eindeutig auf die Seite des Volksstaates, stellte aber klar, dass man nicht vergessen dürfe, dass jeder Staatlichkeit etwas von Obrigkeit anhaftete,²⁶ es also auch im Falle eines Selbstregierungsregimes um Gesetzesgehorsam und Hierarchien gehe.

Die Frage war aus linksliberaler Sicht, worauf die Möglichkeit politischer Einheit der Nation beruhte und wie sie auf Dauer gestellt werden konnte. Was vor dem Weltkrieg oft in der Schwebe bleiben konnte, wurde im Weltkrieg zu einer Wegscheide für die Anhänger des Linksliberalismus. Viele liberale Wähler verinnerlichten die Ideologie des Burgfriedens und der durch den Krieg scheinbar hervorgebrachten nationalen Einheit oder gar Volksgemeinschaft. Die Forderung nach einer „nationalen Gesinnung“ im Sinne der Akzeptanz einer bestimmten Interpretation des nationalen Interesses, wie sie etwa der Alldeutsche Verband eher in Konkurrenz als in Übereinstimmung mit dem liberalen Begriff der Nation vornahm, fand auch bei Linksliberalen Zustimmung. Die vorsichtigen Fühler des Reichstages, 1916 eine eigenständige Friedensresolution zustande zu bringen, wurde von vielen linksliberalen Anhängern als Aufkündigung der Einheitsfront gewertet, wie sie in empörten Briefen an ihre Abgeordneten, darunter Naumann, zum Ausdruck brachten.²⁷

Die Argumente hierfür waren oft kompliziert. Ludwig Curtius beklagte gegenüber Naumann das Wegrücken der Gebildeten nach rechts, enttäuscht von Bethmann Hollwigs Lavieren; zugleich verlangte er aber eine deutliche Abgrenzung von der Sozialdemokratie im Bekenntnis zu den „nationalen Dingen“, weshalb die Friedensresolution niemals eine linksliberale Zustimmung hätte finden dürfen, und wenn, dann nur von den Altliberalen mit ihren 1848er-Illusionen.²⁸

Der Krieg machte andererseits Koalitionen möglich, die vor dem Krieg schwer denkbar gewesen wären. Während zentrale Leitbegriffe eine Umwer-

25 Steffen Bruendel: Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die „Ideen von 1914“ und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003, S. 93-142 und 244-288.

26 Heuss, Die Bundesstaaten (wie Anm. 18), S. 40.

27 Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, Stuttgart/Berlin 1937, S. 510.

28 Brief von Ludwig Curtius an Naumann vom 5.8.1917, zitiert bei Cymorek, „Wohin sollen wir gehen?“ (wie Anm. 6), S. 277.

tung erfuhren und auf eine Weise interpretiert wurden, von der sich führende Linksliberale distanzieren mussten, erlaubte der Krieg auch die Überschreitung politischer Grenzen, die vorher unpassierbar gewirkt hatten. Dazu gehörte die Kooperation des Linksliberalismus mit dem Zentrum. Die Zusammenarbeit von Linksliberalismus, Sozialdemokratie und Zentrum wurde erst im Weltkrieg möglich und erprobte so die Koalition, die dann in der Transformationsphase zur und in der Gründungsphase der Weimarer Republik die Politik beherrschte.

Die Zusammenarbeit des Linksliberalismus mit dem Zentrum war vor dem Krieg geradezu undenkbar gewesen. Das Vorurteil gegen das Zentrum ging sehr tief und betraf einerseits die konfessionelle Orientierung, andererseits die parlamentarische Schlüsselstellung, die das Zentrum innehatte und so den gesetzgeberischen Einfluss des Linksliberalismus erheblich reduzierte.²⁹ Vor dem Krieg hatte Friedrich Naumann noch das Zentrum zum „rechten“ Parteispektrum gezählt und eine Mehrheit links hiervon gesucht. Seine bekannte Devise „Von Bassermann bis Bebel“³⁰ war der Versuch, am Zentrum vorbei die Mehrheit im Reichstag zu organisieren. Noch auf dem 2. Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei benannte der Reichstagsabgeordnete Müller-Meiningen drei Hauptfeinde der deutschen Zukunft: den Klerikalismus, den Feudalismus und den Bürokratismus.³¹ Eine Kooperation mit dem Zentrum, wie sie sich später in der Weimarer Koalition bewähren sollte, war zu diesem Zeitpunkt kaum denkbar.

Naumanns Ressentiment gegenüber dem Zentrum ging vor Ausbruch des Weltkriegs sehr tief. Obschon er konstatieren musste, dass das Zentrum in Hinblick auf die Vertretung der sozialen Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung weitaus repräsentativer war als andere Parteien,³² dass es beispielsweise dem Zentrum gelungen war, die sonst im deutschen Parteispektrum beobachtbare Trennung zwischen Bürgertum und Proletariat zu überwinden,³³ und obwohl es die negative Mehrheit von Zentrum, Linksliberalismus und Sozialdemokratie sowie Teilen der Konservativen war, die Bismarck in der Frage des Sozialistengesetzes 1890 Paroli bieten konnte, erwog Naumann vor 1914 nicht die Möglichkeit einer konstruktiven Zusammenarbeit. Das änderte sich mit dem Wandel der ideenpolitischen Konstellation, die der Weltkrieg brachte.

29 Alistair P. Thompson: *Left Liberals, the State, and Popular Politics in Wilhelmine Germany*, Oxford 2000, S. 129 f.

30 Naumann: *Die politischen Parteien* (wie Anm. 13), S. 53.

31 Ernst Müller-Meiningen in: *Der 2. Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Mannheim 5.-7.10.1912*, Berlin 1912, S. 76.

32 Naumann, *Die politischen Parteien* (wie Anm. 13), S. 44.

33 Ebd., S. 88.

In der Friedensresolution des Reichstags von 1917 kam es zu einer Mehrheit diesseits der Konservativen, die Linksliberale und Zentrum zusammen mit der Sozialdemokratie vereint sah, und mit dem Interfraktionellen Ausschuss, der sich im Juli 1917 auf Anregung von Matthias Erzberger bildete, zu einer förmlichen Zusammenarbeit. Sie war zwar wegen der früheren Feindseligkeiten zunächst begrenzt und beschränkte sich auf das parlamentarische Geschäft.³⁴ Aber im Volksbund für Freiheit und Vaterland kam es erneut zu einer Kooperation, die sich nun auch in aller Öffentlichkeit manifestierte. Christliche und sozialdemokratische Gewerkschaften kamen hier ebenso zusammen wie Linksliberalismus und Zentrum. Daher kann man in dieser Kooperation aus Kriegszeiten den Beginn der Weimarer Koalition erblicken.

Am Interfraktionellen Ausschuss selbst war Naumann nicht beteiligt und musste sogar öffentlich der Vermutung entgegentreten, er sei in dieser Frage nur aus Fraktionsdisziplin der Linie der Fraktionsführung gefolgt,³⁵ so unwahrscheinlich schien manchen seine Kooperationswilligkeit mit dem Zentrum. Doch Naumann hatte bereits im März 1917 diese Kooperation erwogen, also noch vor Erzbergers für die Zeitgenossen sensationellen Schwenk zu einer regierungskritischen Haltung. Bis dahin war Erzberger nach außen als Annexionist und Anhänger des Siegfriedens in Erscheinung getreten. Zudem war er bekannt für seine engen Kontakte zur Marineleitung und für sein Engagement in der Förderung der U-Boot-Waffe. Anders als andere Parlamentarier begnügte sich Erzberger aber nie mit der wortreichen „Unterstützung“ des Militärs, er beschäftigte sich intensiv mit militärischen Fragen und wurde zu einem Experten, so dass er die in den Beratungen eingenommenen Positionen der Militärführung und die dabei zur Anwendung kommenden Argumente sehr genau hinterfragen konnte. Erzberger besaß die nach außen als Opportunismus anmutende Anpassungsfähigkeit an wechselnde Konstellationen und die Fähigkeit, sich in sachliche Materien einzuarbeiten, ohne der ihnen innenwohnenden Rationalität zu erliegen, somit war er ein bedeutsames Beispiel eines Berufspolitikers. Er begann 1916 den wortstarken Versprechungen der Marineleitung, mit dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg England in Wochen, spätestens in Monaten bezwingen zu können, zu misstrauen, konnte aber die Zentrumsfraktion von seiner gewandelten Einschätzung noch nicht überzeugen. Die Resolution der Zentrumsfraktion vom 7.10.1916 sprach sich de facto für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg aus und überließ dem Militär und nicht dem Kanzler die letzte Entscheidung, eine von Peter Spahn und Adolf Gröber durchgesetzte und sehr populäre Entscheidung, welche zu diesem Zeitpunkt die Nähe des Zentrums zum Konservatismus und Nationalliberalismus signalisierte. Sie reflektierte das bei deutschen Parlamentariern vorherrschende Po-

34 Thompson, Left Liberals (wie Anm. 29), S. 386.

35 Heuss, Friedrich Naumann (wie Anm. 27), S. 504.

litikverständnis. Primat des Politischen bedeutete so viel wie Primat des Staates unabhängig vom Parlament, also vor allem Primat der Außenpolitik, und diese sollte von Experten der Politik, im Krieg vom Militär und ansonsten von Beamten ausgeübt werden, die man unterstützen, aber nicht ersetzen konnte.

Es zeichnete sich aber selbst für das Zentrum ab, dass der Primat des Politischen, im Krieg zum Primat des Militärs umgedeutet, seine Tücken hatte. Der Steckrübenwinter 1916/17 offenbarte die Grenzen der staatlichen Fähigkeiten, die Grundversorgung sicherzustellen, die Eröffnung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges am 1.2.1917 und die von den USA abgebrochenen diplomatischen Beziehungen zum Deutschen Reich signalisierten den baldigen Kriegseintritt der USA, der dann im April auch tatsächlich erfolgte. In dieser Situation versuchte der Reichskanzler erneut an das Programm der Neuorientierung anzuknüpfen, um die Reihen im Innern zu schließen (Rede vom 22.2.1917). In ihrem Gefolge stand dann auch die Osterbotschaft des Kaisers, die eine Reform des preußischen Wahlrechts ankündigte, die zwar keine gleichen, aber allgemeine und direkte Wahlen vorsah.

Als es trotz der prekären außenpolitischen Lage zur Fideikommiss-Vorlage des preußischen Herren-Hauses kam (9.3.1917), wurde klar, wie wenig die reaktionären Kräfte gewillt waren, die innenpolitische Reform zu akzeptieren. Abgesehen vom öffentlichen Aufschrei, darunter Max Webers scharfer Artikel zur „Nobilitierung der Kriegsgewinne“ noch im gleichen Monat,³⁶ brachte dies eine Wende in Naumanns politischer Einschätzung der Lage. Er forderte die sofortige Reform des preußischen Wahlrechts und erörterte in einer Chroniknotiz vom 14.3.1917 in der „Hilfe“ die Möglichkeit eines verfassungspolitischen Schulterschlusses der Regierung mit der Parlamentsmehrheit von Linksliberalismus, Zentrum und der Mehrheit der SPD (die Abspaltung der USPD zeichnete sich bereits ab). Bereits am 22.3.1917 sprach Naumann von der realistischen Chance einer Zusammenarbeit des Gesamtliberalismus mit Zentrum und vaterländischer Sozialdemokratie.³⁷

Die Friedensresolution des Reichstages und der spätere Interfraktionelle Ausschuss demonstrierten die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheit von Mitte-Links. Es gelang ihr jedoch nicht, einen gemeinsamen Kanzlerkandidaten durchzusetzen oder auch nur einige zentrale Forderungen der inneren Reform der politischen Ordnung, namentlich die Reform des preußischen Dreiklassen-Wahlrechts zu erreichen. Bei aller Kritik am bestehenden Staat gab es niemanden, der über ein fertiges Modell verfügte, wie der Staat umorganisiert werden sollte. Die mit dieser Mehrheit gegebenen Möglichkeiten

36 Max Weber: Deutschlands äußere und Preußens innere Politik, 2. Teil: Die Nobilitierung der Kriegsgewinne, in: ders., Gesammelte Politische Schriften (wie Anm. 20), S. 183-191.

37 In: Die Hilfe Bd. 23, Heft 12 vom 22. März 1917, S. 186, zitiert bei Peter Theiner: Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik: Friedrich Naumann im wilhelminischen Deutschland 1860-1919, Baden-Baden 1983, S. 259.

scheiterten auf Seiten des Linksliberalismus auch daran, dass ganz unklar war, wie der zu reformierende Staat, wie die Neuorientierung auszusehen habe und welchen Anteil die Demokratisierung der politischen Ordnung daran hatte.

Die Debatte um „Volksstaat“ und „Obrigkeitsstaat“ hatte auch damit zu tun, dass die Linksliberalen nicht ohne weiteres von „Demokratie“ sprechen konnten, war dies doch der Begriff, der mit der politischen Ordnung des im Westen befindlichen Feindes in Verbindung gebracht wurde. Theodor Heuss hob in einem Plädoyer für einen forcierten Politikwechsel im Reich hervor, diese Auffassung bedeute „kein Schielen nach westlichen Vorlagen“.³⁸ Der Umstand, dass man sich mit dem Westen im Krieg befand, erschwerte den unbefangenen Umgang mit dem westlichen Politikverständnis. Diese diskursiven Umstände spitzten sich dramatisch zu, als die USA in den Krieg eintraten und Wilson den Krieg zum Kampf für die Idee der Demokratie erklärte. Daher war es einfacher, die Semantik der Demokratie zu vermeiden, um nicht im öffentlichen Meinungskampf von vornherein ungehört zu bleiben, weil man sonst leicht des Defätismus oder der Förderung der Feindpropaganda bezichtigt werden konnte. Überlegungen zur deutschen Idee der Freiheit oder zum Volksstaat waren daher nicht selten diskursive Manöver, um über die Sache der Demokratie zu sprechen, ohne das Wort verwenden zu müssen.³⁹

Was den Linksliberalismus irritieren musste, war die Erfahrung, dass die „öffentliche Meinung“ und der „Wille des Volkes“ unter den Bedingungen von Massenagitation und des patriotischen Überschwangs nicht mehr als Chance für fortschrittliche Politik angesehen werden konnten. Unter dem Eindruck der Fronde gegen den Kanzler machte sich 1916 und dann erst recht 1917 die Sorge vor einer, wie es Theiner nennt, „Demokratisierung von rechts“ breit.⁴⁰ Jede verantwortliche und weitblickende Politik, die über die Kurzsichtigkeit von annexionistischen Siegfriedensparolen hinausblickte, schien immer unwahrscheinlicher, je mehr die Öffentlichkeit in den Willensbildungsprozess einzogen wurde, bzw. je mehr es bestimmten Positionen gelang, glaubhaft zu machen, im Namen einer öffentlichen Meinung und für die Nation zu sprechen, die sie zuvor im eigenen Sinne angestachelt und falsch informiert hatte. Die Freigabe der öffentlichen Diskussion der Kriegsziele durch Bethmann-Hollweg im November 1916 war der Versuch, der patriotischen Agitation entgegenzuwirken, denn die gemäßigen Meinungen mussten immer etwas Wasser in das vaterländische Öl gießen und Argumente zu Gehör bringen, die als de-

38 Theodor Heuss: Von Bethmann zu Michaelis, in: Der März, Bd. 11, Heft 3, 1917, S. 695, zitiert bei Jürgen C. Heß: Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland, Stuttgart 1933, S. 35.

39 Die komplexen diskursiven Strukturen der Debatte und die Schwierigkeiten für die Verfechter eines Systemwandels sind ausführlich diskutiert in: Marcus Llanque: Demokratisches Denken im Krieg. Die deutsche Debatte im Ersten Weltkrieg, Berlin 2000.

40 Theiner, Sozialer Liberalismus (wie Anm. 37), S. 229 und 234.

fästisch angesehen werden konnten. Es war also durchaus fraglich, wieviel an Fortschritt sich der Linksliberalismus davon versprechen durfte, wenn es tatsächlich zur Demokratisierung kam.

Hinzu trat, dass in der älteren Generation des Linksliberalismus noch das Verständnis von Demokratie präsent war, das aus der Zeit der 1848er-Revolution stammte. Während Ernst Bassermann auf der nationalliberalen Seite im Sommer 1917 daran erinnerte, dass die Geburtsstunde des Nationalliberalismus mit dem Bruch mit der Demokratie im Gefolge von 1848 einsetzte,⁴¹ behauptete Conrad Haussmann im November 1917, dass er und Payer immer schon und so auch jetzt noch Demokraten seien. Beide hätten die Demokratisierung Württembergs durchgekämpft und stünden als süddeutsche Demokraten in der Tradition des Revolutionärs Friedrich Hecker, des Freundes von Haussmanns Vater, nur dass heute auch Hecker an Stelle der Revolution die allmähliche Evolution als Strategie gutheißen würde.⁴² Die Demokratisierung des bestehenden Staates sollte ihn also nicht umwälzen, sie sollte nur die „Fühlung“ des Staates mit dem „Volk“ vertiefen helfen.

Obschon Naumann seit 1917 vehement die weitere Demokratisierung der politischen Ordnung forderte, war damit keine eindeutige Stellungnahme für die parlamentarische Demokratie gemeint. Weiterhin machte er sich Gedanken über die Möglichkeit der Verknüpfung von Kaisertum und Demokratie. Die bereits genannte Osterbotschaft des Kaisers von 1917, die an das Programm der Neuorientierung anknüpfte, veranlasste Naumanns Broschüre „Der Kaiser im Volksstaat“,⁴³ worin er an seine älteren Vorstellungen erinnerte, dass die Monarchie auf Reichsebene Symbol der Einheit und des Nationalstaates sein konnte und auf diese Weise allem Partikularismus der Sonder- und Klasseninteressen legitimerweise entgegentreten konnte. Hierfür waren seiner Ansicht nach die demokratischen Kräfte gleichsam natürliche Bündnispartner.

Im gleichen Jahr fertigte Naumann die Broschüre „Die Freiheit in Deutschland“ an, eine Auftragsarbeit für das Reichsamt des Innern, um im internationalen Meinungskampf über die ideellen Grundlagen des Krieges die deutsche Position klarzumachen. Deutschland konnte sich laut Naumann gegen die ausländischen Vorwürfe der Autokratie und des Militarismus auf ein eigenständiges Verständnis von Freiheit berufen. Weiterhin favorisierte er Möglichkeiten der Kombination von starker Monarchie und parlamentarischer Mitsprache. Als aber im August 1917 der neue Kanzler Michaelis seine Meinung, während des Krieges dürfe es keine politischen Reformen geben, auf ausführliche Zitate aus Naumanns Denkschrift stützte, verwahrte sich Naumann hier-

41 Zitiert bei Cymorek, „Wohin sollen wir gehen?“ (wie Anm. 6), S. 282.

42 Brief an Kurt Hahn 10.11.1917 in: Conrad Haßmann: Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen, Frankfurt/M. 1924, S. 153 f.

43 Friedrich Naumann: Der Kaiser im Volksstaat, Berlin 1917 (Beihefte der Hilfe, Heft 1).

gegen deutlich,⁴⁴ denn in seinen Augen bedeutete „deutsche Freiheit“ nicht Reformverweigerung. Dieser Vorfall zeigte, in welchem Dilemma sich der Linksliberalismus befand: Nach außen verteidigte man Besonderheiten der deutschen Politik, die man nach innen gewandt verändern wollte, ohne dem Vorwurf ausgesetzt zu sein, einem Diktat der Feinde zu folgen.

4. Agitation als Handwerk der Politik und die „Erziehung zur Politik“

Naumanns politisches Denken war und blieb auf den Staat fixiert. Er hatte nach seinem zwischenzeitigen Verlust des Reichstagsmandates 1912 ein Staats-Lexikon geplant,⁴⁵ worin alle Aspekte des Staates aus einer liberalen Perspektive thematisiert werden sollten. Die Verträge mit dem Verleger Siebeck waren bereits im Sommer 1914 unterschriftenreif gediehen, der Krieg bereitete dem Projekt ein Ende.⁴⁶ Das Lexikon sollte eine Art liberaler Gegenentwurf zum katholischen Staats-Lexikon der Görres-Gesellschaft werden, das sehr erfolgreich war. Naumann konnte einige Personen aus dem Umfeld des Hilfe-Kreises für die Teilfinanzierung des Projektes gewinnen, darunter Carl Petersen. Es war Naumann auch gelungen, eine ganze Reihe namhafter Autoren anzuwerben, u.a. Hugo Preuß für den Eintrag Selbstverwaltung, Max Weber u.a. für den Artikel zur Monarchie, Hugo Sinzheimer für den Arbeitsvertrag. Aufschlussreich für Naumanns Politikverständnis ist der Aufbau des Lexikons. Seine Abschnitte sind allesamt um den Begriff des Staates gruppiert. Dem einleitenden Abschnitt „Wer oder was ist der Staat“ sollten Teile zu „Was tut der Staat“ sowie „Wie funktioniert der Staat“ folgen.⁴⁷ Bei Naumann stand der Staat weitaus unangefochtener im Mittelpunkt als im konkurrierenden Staats-Lexikon der Görres-Gesellschaft, wenn man nur den jeweiligen Aufbau der Lexika betrachtet. Dahinter verbarg sich ein Konzept des allmählichen Hineinwachsens des Bürgertums in den Staat, um ihn besser auf Aufgaben vorzubereiten, die er für diesen Staat übernehmen konnte.

Im Krieg erlebte der Staatsbegriff einen rasanten Zuspruch. Der in der englischen und französischen Öffentlichkeit erhobene Vorwurf, der deutsche Staatsbegriff sei geschichtsphilosophisch und metaphysisch aufgeladen, gestützt auf eine sehr enge Auswahl von Publikationen der Vorkriegszeit, erlebte

44 Heuss, Friedrich Naumann (wie Anm. 27), S. 517.

45 Theodor Heuss: Friedrich Naumann als politischer Pädagoge, in: Ernst Jäckh (Hrsg.): Politik als Wissenschaft, Berlin 1930, S. 121-133, hier: S. 128.

46 Helen Müller: Im Zeitalter der Sammelwerke. Friedrich Naumanns Projekt eines „deutschen Staatslexikons“ (1914), in: vom Bruch, (Hrsg.) Friedrich Naumann in seiner Zeit (wie Anm. 6), S. 189-207. Vgl. auch Gangolf Hübiger: Kulturprotestantismus und Politik. Zum Verhältnis von Liberalismus und Protestantismus im wilhelminischen Deutschland, Tübingen 1994, S. 303 f. zum Staatslexikon Naumanns.

47 Helen Müller, Im Zeitalter der Sammelwerke (wie Anm. 46), S. 197.

in der deutschen Sinnstiftungsliteratur des Krieges seine eigentliche Bestätigung. Aber es gab auch kritische Stimmen, die nicht in den Chor der Überhöhung des Staatsbegriffs einstimmten. Hugo Preuß und sein Buch „Das deutsche Volk und die Politik“ 1915 wurde bereits genannt, ferner Max Weber und auch Theodor Heuss. Letzterer überlegte 1918, wer eigentlich eine angemessene Analyse der politischen Ordnung des Deutschen Reiches anzufertigen imstande sei, wer eigentlich den Beruf dazu hatte, sich zu Fragen der Verfassungspolitik zu äußern. Seiner Ansicht nach hatte das politische Denken bereits kurz nach der Reichsgründung darunter gelitten, dass an die Stelle politischer und publizistischer Auseinandersetzungen mit der Struktur des neuen Nationalstaates es vor allem Juristen waren, die hier eine Auslegungsvorherrschaft erstritten. Kühn behauptete er, die Aufgabe des Juristen in Hinblick auf den Staat sei sekundär: „Der Staat und seine Institutionen strecken sich nicht nach den Bedürfnissen der Rechtswissenschaft, sie sind Geschöpfe des Staatsmannes“.⁴⁸

Heuss bestand auf der Eigenständigkeit der Politik gegenüber disziplinären Hegungen etwa der Rechtswissenschaft oder gegen die Dogmatik von Ideologen. Wenn Heuss von der „Geschöpflichkeit“ der Politik sprach,⁴⁹ so wollte er damit das Ermessen und die Urteilskraft des Politikers vor dem Dogma von Rechtswissenschaft, Ökonomie und Ideologie schützen. Es war aber auch ein Hinweis darauf, dass Politik „gemacht“ wird, und zwar auch durch Demagogie und Propaganda, wie der Weltkrieg in mannigfacher Weise demonstrierte.

Als sich die Mehrheit links von Nationalliberalismus und Konservatismus im Parlament etablierte, schlug die Kanzler-Fronde mit der Gründung der Vaterlandspartei im Herbst 1917 zurück. Dieser Vorgang zeigte den im Weltkrieg stattfindenden Wandel des politischen Kampfes, der nun immer auch Massenmobilisierung durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit bedeutete. Während alle Regierungen die Klaviatur der öffentlichen Meinung durch gezielte Propaganda bespielten, war gerade Deutschland der Schauplatz einer zuvor beispiellosen Massenagituation. Was im Kaiserreich als Instrument der Sozialdemokratie vertraut war, wurde im Weltkrieg vom Lager der Reformverweigerer und Annexionisten als Mittel eingesetzt, um Einfluss auf die Politik zu nehmen. In der am Ende undurchschaubaren Gemengelage von Monarchie, Ministerien, Heeresleitung, offiziellen und inoffiziellen parlamentarischen Gremien und der publizistisch bearbeiteten öffentlichen Meinung wurde die Frage immer relevanter, welche Position den „Willen des Volkes“ repräsentierte. Solche massenagitorischen Kampagnen zeigten sich bereits bei der propagandistischen Unterstützung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, beim Sturz Bethmann Hollwigs und gipfelten in der Gründung der Vaterlandspartei.

48 Heuss, Die Bundesstaaten (wie Anm. 18), S. 4.

49 Ebd..

Der Erfolg der Vaterlandspartei offenbarte das vielleicht bedenklichste Problem, das der Weltkrieg für den Linksliberalismus mit sich brachte: die Wandlung der Öffentlichkeitsstruktur.⁵⁰ Der Adressat linksliberaler Politik war immer das Bürgertum gewesen, und zwar der gebildete Teil hiervon. Dahinter stand die Auffassung, dass es auf der Grundlage gelehrter Meinungsbildung zu richtigen Schlüssen kommen kann und gerade hier der Linksliberalismus eine besondere Aufgabe erhält. Die Vaterlandspartei dagegen versuchte durch immensen Geldaufwand flächendeckend die öffentliche Meinung durch politische Werbung und Inserate zu beeinflussen. Vom November 1917 bis zum April 1918 wurden etwa 250.000 Mark für Werbung und 146.000 Mark für Inserate ausgegeben.⁵¹

Öffentlichkeitsarbeit setzt nicht nur Öffentlichkeit, sondern auch Offenheit voraus. Die Offenheit des Argumentierens war unter den Bedingungen des Krieges nicht ohne Weiteres möglich. Die daraus erwachsenden Dilemmata zeigten sich im Kampf gegen den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, dem Sturz Bethmann-Hollweds und besonders bei der Agitation der Vaterlandspartei: Die scheinbar patriotischen Argumente für Annexionen und die Kriegsführung um jeden Preis konnten nicht öffentlich kritisiert werden, ohne preiszugeben, wie die militärischen oder politischen Aussichten wirklich waren. Ferner gelang es der Rechten, den vermeintlichen Vorsprung des Linksliberalismus und der Sozialdemokratie auf dem Gebiet der Presse einzuholen. Das Presse-Imperium Hugenbergs entstand hauptsächlich während des Krieges und verstand sich als Konkurrenz zu Ullstein und Mosse, die der Linken zugerechnet wurden.

Der Erfolg der Vaterlandspartei beschleunigte das Umdenken vieler Linksliberaler in Hinblick darauf, dass sie ihr Politikverständnis modernisieren und es vom Begriff des Staates lösen mussten. Massenagitation und Demagogie zeigten, dass Politik nicht nur aus den auf den Staat bezogenen Tätigkeiten bestand, sondern dass Politik auch die Fähigkeit des Meinungskampfes umfasste, und zwar unabhängig vom periodischen Wahlkampf. Naumann reagierte auf dieses Defizit mit der Gründung einer Staatsbürgerschule noch im Weltkrieg, aus welcher dann in Weimar die Hochschule für Politik hervorging.

In seinen „Gedanken zur politischen Erziehung“, die Naumann 1918 veröffentlichte, definierte er, dass Politik „Lebensbekenntnis in bezug auf den Staat“ sei,⁵² und blieb damit seiner älteren Vorstellung treu: Der Staat blieb Zentrum seines Politikverständnisses. Naumann konnte freilich keine Antwort darauf geben, wie der im Krieg zu reformierende Staat aussehen sollte. Er war aber überzeugt, dass die neuen Generationen dies zu erarbeiten hatten und setzte daher noch im Weltkrieg auf deren politische Erziehung.

50 Thompson, Left Liberals (wie Anm. 29), S. 382.

51 Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei (wie Anm. 10, S. 188).

52 Friedrich Naumann: Vier Reden an junge Freunde, in: [Friedrich] Naumann/[Wilhelm] Heile, Erziehung zur Politik, Berlin 1918, S. 4-29, hier S. 5.

Die Gründung der Staatsbürgerschule erfolgte 1918. Naumann trug sich bereits im Juni 1917 mit diesem Gedanken, wie einem seiner Brief an Max Weber zu entnehmen ist.⁵³ Weber war auch einer der ersten gewesen, die Naumann für den Plan des Staats-Lexikons gewinnen wollte.⁵⁴ Der Gründung der Schule ging eine Reihe von Publikationen in der „Hilfe“ voraus, beginnend am 21. Februar 1918 mit der „Rede an junge Freunde“, die im Frühsommer 1918 zusammen mit weiteren Reden Naumanns, einem Aufsatz Wilhelm Heiles, Lehrplanentwürfen und Literaturübersichten in der Broschüre „Erziehung zur Politik“ veröffentlicht wurde, also noch im Krieg. Hier zeigte sich bereits der Wandel des Politikverständnisses, initiiert durch die Erfahrungen des Krieges und verkörpert in den verschiedenen Generationen des Linksliberalismus, Naumann stellvertretend für die ältere Generation und Wilhelm Heile als Vertreter der jüngeren Generation, zu welcher auch Theodor Heuss gehörte.

Theodor Heuss charakterisierte später Naumanns Motivation zur geplanten Staatsbürgerschule mit den Erfahrungen des Krieges:

„Die Erfahrungen des Krieges mit seinem totalen Charakter, die Verwandlung von Seelen und Institutionen, die ausgreifende Politisierung des Bewußtseins, die Nötigung zu neuem Denken ohne Zerreißung eines Gefühls für geschichtliche Bindungen – all dies mochte die Aufgabe der Klärung, der Unterweisung, des gemeinsamen Suchens und Versuchens noch dringlicher machen“.⁵⁵

Es war nun nicht mehr genug, auf die großen Staatsmänner zu hoffen, es mussten Staatsbürger herangezogen werden. Es reichte auch nicht, sich über die Demagogie der politischen Rede zu echauffieren, wie sie die Vaterlandspartei so erfolgreich in ihrer Propaganda für die Siegfriedens- und Annexionspolitik sowie für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg demonstriert hatte, es bedurfte auch für verantwortliche Politiker der nötigen Unterweisung in der Kunst der politischen Rede. Diese Kunst bestand laut Naumann darin, reden zu lernen, um dem Volk „geistig helfen zu können, dass es nicht den Schwätzern anheim fällt“.⁵⁶ Der verantwortliche Politiker müsse auch die Sprache der Demagogie sprechen lernen, um dieser wirksam entgegen treten zu können. Für Naumann bestand aber kein unüberbrückbarer Gegensatz von Volksstaat und Obrigkeitsstaat, er vertrat vielmehr den Gedanken der Evolution, des Hervorgehens des ersten aus dem letzteren. „Erst entstand der Beamtenstaat, nun aber erwächst durch ihn und aus ihm der Volksstaat“.⁵⁷ Die jüngere Generation um Heuss und Heile war im Gegensatz dazu eher bereit, den politischen Partei-

53 Vom 11. Juni 1917, erwähnt bei Theiner, Sozialer Liberalismus (wie Anm. 37), S. 271.

54 Heuss, Friedrich Naumann (wie Anm. 27), S. 128.

55 Ebd., S. 538.

56 Naumann, Vier Reden (wie Anm. 52), S. 11.

57 Ebd., S. 21.

kampf aufzunehmen und sich nicht mit Leerformeln zu begnügen, die den Gegensatz zum innenpolitischen Gegner kaschierten.

Wilhelm Heiles Beitrag in dem gleichen Band stellte die Staatsbürgerschule in den politischen Kampf des Linksliberalismus. Ihm ging es weniger wie Naumann um die Erziehung der Nation als vielmehr um die Verbesserung der Fähigkeit des Liberalismus in „Organisation und Agitation“.⁵⁸ Anders als andere politische Lager und Parteien habe der Liberalismus nichts mit dem Agitationszentrum des Bundes der Landwirte, den vielen Parteischulen der Sozialdemokratie sowie dem katholischen Volksverein in Mönchen-Gladbach (seinerzeit noch „München-Gladbach“) Vergleichbares vorzuweisen. Es werde aber für die „innenpolitische Entscheidungsschlacht“, die seiner Auffassung nach zwischen den Anhängern des Obrigkeitstaates und des Volksstaates nach Ende des Krieges geschlagen wird, unabdingbar, „Kämpfer“ auszubilden für das Ringen um den „freien Volksstaat“ und nur solche sollten auch an dieser Staatsbürgerschule ausgebildet werden.

Naumanns und Heiles Pläne zur politischen Erziehung reagierten daher in gewisser Hinsicht auf die Analyse Max Webers, der am schärfsten den Nachholbedarf des deutschen Bürgertums als des selbsternannten Sachwalters der „Nation“ kritisiert hatte, wenn er in „Parlament und Regierung“ zugespitzt polemisierte, Bismarcks politisches Erbe sei es gewesen, eine „Nation ohne alle und jede politische Erziehung“ hinterlassen zu haben, „tief unter dem Niveau“ der Generation zwanzig Jahre zuvor, und schlimmer noch, eine „Nation ohne allen und jeden politischen Willen, gewohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde“.⁵⁹

In der Naumannschen Broschüre „Erziehung zur Politik“ tauchte der Name von Hugo Preuß in der empfohlenen Literaturliste für den politischen Unterricht auf. Aufgelistet war dessen Buch „Das deutsche Volk und die Politik“ von 1915, zusammen mit dem Vermerk „wertvolles politisch-liberales Gegenwartsbuch“.⁶⁰ Ferner war in den Muster-Unterrichtsplänen für dreitägige und siebentägige Kurse an der geplanten Staatsbürgerschule die Rede vom Übergang vom „Obrigkeitstaat zum Volksstaat“.⁶¹ Preuß‘ Begriffspaar war endgültig zum Leitfaden des linksliberalen Politikverständnisses geworden.

Die Benutzung des Volksbegriffs im Linksliberalismus während des Krieges diente der Klärung dessen, dass in der Nation keine Bevölkerungsgruppe, ob katholisch oder sozialdemokratisch repräsentiert, ausgeschlossen werden kann. Der Volkstaat bezeichnete ferner in der ideenpolitischen Konstellation

58 Wilhelm Heile: Nutzen und Notwendigkeit einer politischen Volkshochschule, in: Naumann/Heile, Erziehung zur Politik (wie Anm. 52), S. 29-37, hier S. 33.

59 Weber, Parlament und Regierung (wie Anm. 20), S. 319, zuerst in der Frankfurter Zeitung vom Mai 1917.

60 Naumann/Heile, Erziehung zur Politik (wie Anm. 52), S. 52.

61 Ebd., S. 38ff.

des Weltkrieges aus linksliberaler Sicht den sich immer deutlicher abzeichnenden Gegensatz zwischen den reformwilligen und den reformfeindlichen politischen Kräften ungeachtet dessen, welcher Partei sie sich im Einzelnen zuordneten. Das hatte Hugo Preuß bereits 1915 erkannt, es wurde den meisten Linksliberalen jedoch erst im weiteren Verlauf des Krieges klar. Man mochte sich mit den Nationalliberalen auf die gleiche Idee der Nation berufen, die zu stärken und sicherzustellen auch die Linksliberalen wünschten, aber es wurde deutlich, dass Links- und Rechtsliberalismus einen anderen Begriff der Nation unterstützten. Linksliberale waren bereit, die Idee der Nation um Bevölkerungsteile zu erweitern, die sie selbst vor dem Krieg noch weitestgehend als inkompatibel mit ihrer Auslegung der Nation angesehen hätten, letztere hingegen waren hierzu nicht bereit und verweigerten jede sinnvolle Reform der politischen Ordnung.

5. Schluss

Die Kriegserfahrung führte im Linksliberalismus zur Neubesinnung über zentrale politische Begriffe wie Nation, Demokratie und Politik. Diese Begriffe erlebten im Weltkrieg Interpretationen in anderen politischen Lagern, von denen sich der Linksliberalismus distanzieren musste, um seinen eigenen Prinzipien treu zu bleiben. Der Krieg machte zunächst den Eindruck, als würde er beispielsweise den liberalen Leitbegriff der Nation befördern, doch er zeigte stattdessen, wie sehr dieser Begriff geschichtsphilosophisch oder metaphysisch überhöht werden konnte. Den Begriff des Volkes in dem Begriffspaar Volksstaat und Obrigkeitsstaat immer stärker zu betonen, diente auch dazu, sich von der Interpretation der Nation seitens der Reformverweigerer zu distanzieren.

Politisches Denken und politisches Handeln waren im Weltkrieg eng miteinander verzahnt. Die ideenpolitische Konstellation des Krieges erzwang ein neues Denken. Der Linksliberalismus öffnete sich für eine dauerhafte Kooperation mit der Sozialdemokratie, was sich bereits vor dem Weltkrieg abgezeichnet hatte, vor allem aber mit dem Zentrum, was vor dem Krieg schwer denkbar gewesen war. Diese Kooperation hatte auch etwas mit dem gewandelten Politikverständnis zu tun, das sich unter dem Eindruck der politischen Manöver des konservativen und nationalliberalen Lagers immer mehr vom Staatsbegriff ablösen und auf ein eigenes Fundament stellen musste. Hierzu wollte Naumanns Initiative einer Verfestigung der politischen Erziehung beitragen, ohne dass ihm selbst klar war, wie sich die Politik weiter entwickeln würde. Die Frage blieb, in welche Richtung sich ein vom Staatsbegriff emanzipierendes Politikverständnis orientieren sollte, ob es trotz oder vielleicht wegen der im Krieg gemachten Erfahrung der Demagogie den Weg in das de-

mokratische Denken nehmen musste. Ob und wie die damit verbundene neue Herausforderung der liberalen Demokratieauslegung gelang und wie der Begriff des „Volkes“ Nachfolger oder neuer Fokus des älteren Nationenbegriffs werden konnte, führt über die Betrachtung des Weltkrieges hinaus und verweist auf die Kontinuität der Kriegsdebatten mit den Diskursen in der Weimarer Republik.

